US-Waffenhilfe für israelische Präventivschläge gegen den Iran?

von Jürgen Wagner

Schon im Vorfeld des Irak-Krieges hatten die neokonservativer Hardliner die weitere Marschroute des globalen US-Feldzugs festgelegt: "Feiglinge gehen nach Bagdad," war aus diesen Kreisen zu vernehmen, "echte Männer gehen nach Teheran."1 Nachdem ihre Propaganda maßgeblich dazu beitrug, dass die USA ohne jeglichen Grund weit über 10.000 Zivilisten im Zuge des Angriffskrieges gegen den Irak töteten, setzen sie nun alles daran, die US-Regierung zu einem härteren Vorgehen gegen den Iran zu drängen. Sie werfen dem Land die Unterstützung des internationalen Terrorismus, sowie die Verletzung der Menschenrechte vor, insbesondere aber, dass das Land versuche an Atomwaffen zu gelangen. Da dies unter allen Umständen verhindert werden soll, wird immer wieder die Möglichkeit diskutiert, iranische Nuklearanlagen mittels gezielter Präventivschläge außer Funktion zu setzen.

Nicht zuletzt aufgrund des totalen Desasters, das ihre Politik im Irak angerichtet hat, scheinen die Hardliner ungeachtet ihrer unverdrossenen Kriegstreiberei jüngst aber etwas an Einfluss zu verlieren. Selbst in den eigenen Reihen mehren sich die Stimmen, die einen Regimewechsel im Iran als undurchführbar erachten. So könnte es sogar für den Fall einer Wiederwahl Bushs schwierig werden, militärische Schritte gegen den Iran innenpolitisch durchzusetzen.

Genau in dieser Situation hat nun die US-Regierung beschlossen, Israel, das ebenfalls betont, notfalls militärisch gegen das iranische Atomprogramm vorzugehen, 500 BLU-109 Sprengköpfe, sogenannte Bunkerknacker, zu liefern. Diese ideal



für Präventivschläge geeigneten Waffen könnten laut israelischen Sicherheitsquellen "Israel als Bunkerknacker gegen den Iran und möglicherweise Syrien nützlich sein."2 Dies deutet darauf hin, dass es Washington vorziehen könnte, Israel bei der Umsetzung seiner Drohungen Waffenhilfe zu leisten, statt selbst militärisch einzugreifen.

Neokonservatives Säbelrasseln gegen **Teheran**

Von Seiten der Neokonservativen wird seit langem ein bewaffnetes Vorgehen der US-Regierung gefordert. Einer ihrer Wortführer ist Michael Leeden, der bereits in die Iran-Contra Affäre verstrickt war. Schon im April letzten Jahres hielt er eine Rede mit dem bezeichnenden Titel "Zeit sich auf den Iran zu konzentrieren." Dort nannte er das Land "die Mutter des Terrorismus" und erklärte: "die Zeit der Diplomatie ist zu Ende; es ist Zeit den Iran zu befreien."3 Was dies genau heißt, erläuterte er ebenfalls: "Wenn wir es mit dem Krieg gegen den Terror ernst meinen, muss dass Regime in Teheran fallen."4 William Kristol, Herausgeber des neokonservativen Zentralorgans The Weekly Standard, sieht die Vereinigten Staaten gar in einem "Kampf auf Leben und Tod" mit Teheran und drängt die US-Regierung dazu, "den Kampf in den Iran zu tragen."5 Auch Richard Perle, der ehemalige Vorsitzende des Pentagon-Beratungsgremiums Defense Policy Board will eine Verschärfung der US-Politik. In seinem jüngsten Buch fordert er nüchtern: "Das Regime muss gehen."6 Um ihre Stimmungsmache besser koordinieren zu können haben die Hardliner die Coalition for Democracy in Iran gegründet. Mitglieder sind beispielsweise das ehemalige Mitglied der Reagan-Administration, Frank Gaffney, ex-CIA-Chef James Woolsey oder eben Michael Leeden.7

Dass es für deren Sichtweise auch innerhalb der Regierung Sympathien gibt ist bekannt: Noch im Juli vergangenen Jahres warnte US-Präsident George W. Bush den Iran davor Atomwaffen zu entwickeln und betonte zweideutig eindeutig, dass sich Washington als Reaktion "alle Optionen offen hält."8 John Bolton, Staatssekretär im US-Außenministerium, präzisiert: "Wir sind uns der Gefahr, die vom Iran ausgeht, bewusst und es gibt einen Konsens, dass diese Gefahr eliminiert werden muss."9 Nach Angaben des britischen Guardian informierte die CIA bereits ausländische Geheimdienste über amerikanische Notfallpläne für Raketenangriffe auf iranische Nuklearanlagen.¹⁰

Der strategische Kontext

Das Interesse am Iran hat - wie sollte es anders sein - natürlich viel mit Washingtons Anspruch auf die Kontrolle der Ölvorkommen des Persischen Golfes zu tun. Nachdem die iranische Revolution 1979 den von den USA eingesetzten Schah stürzte, reagierte man umgehend und machte mit der Carter-Doktrin Anfang 1980 unmissverständlich klar, dass jeglicher Versuch die USA aus der Region zu verdrängen mit militärischer Gewalt beantwortet wird.

Die US-Strategen sorgen sich vor allem, dass eine der beiden großen Regionalmächte, Iran und Irak, Washingtons dominante Rolle in der Region effektiv in Frage stellen könnte. Die Schwächung dieser Länder war deshalb unter dem Namen "Dual Containment" lange erklärtes Ziel Washingtons. Nachdem der Irak nun als regionaler Machtfaktor zumindest mittelfristig ausgeschaltet wurde, stellt der Iran den bei weitem größten Gefahrenfaktor für Washingtons Kontrollanspruch dar. Ungeachtet ihrer Rhetorik machen die Neokonservativen dabei deutlich, dass nicht die Sorge um Menschenrechte oder Demokratie hinter ihren aggressiven Plänen steht, sondern nackte Interessenpolitik. So betont Zalmay Khalilzad, einer der einflussreichsten Strategen der Bush-Administration: "Wenn im Iran Pragmatiker dominieren, wird er sich aller Wahrscheinlichkeit vom Terrorismus distanzieren, größeren Respekt für die Menschenrechte zeigen und vernünftige zwischenstaatliche Beziehungen mit anderen Ländern anstreben. Aber selbst solch ein Iran wird höchstwahrscheinlich fortfahren an Atomwaffen und Langstrekkenraketen zu gelangen und regionale Vorherrschaft anzustreben.[...] Somit wird



Washington zumindest einige Elemente seiner gegenwärtigen Eindämmungspolitik beibehalten müssen, selbst wenn der Iran pragmatischer werden wird."¹¹

Die Kriegstreiberfront bröckelt

Angesichts der Situation im Irak hält sich in Washington die Begeisterung für neue kriegerische Abenteuer selbst unter denjenigen die noch den Angriffskrieg auf Bagdad befürwortet hatten, in Grenzen. Militärische Schritte gegen Teheran wären, so die überwiegende Meinung, aufgrund der ohnehin schon prekären Lage im Irak geradezu halsbrecherisch.

Zu diesem Ergebnis kommt beispielsweise ein neuer Report des einflussreichen *Council on Foreign Relations*, der den Titel *Iran: Time for a New Approach* trägt und direkt mit den Positionen der Neokonservativen ins Gericht geht. Zusammengestellt wurde er von einer Task Force, deren Vorsitz kein geringerer als der Altmeister amerikanischer Geopolitik, Zbigniew Brzezinski, innehatte.

Wie schon im Vorfeld des Angriffskriegs gegen Bagdad argumentieren die Neokonservativen, der Iran warte nur darauf, dass amerikanischer Druck – zur Not auch militärisch - den Weg für eine demokratische Regierung ebne. Dieser Annahme erteilt der Report, wohl nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Erfahrungen im Irak, eine klare Absage. Stattdessen schlägt die Task Force eine gewisse Normalisierung der seit Jahrzehnten angespannten Beziehungen vor. Zwar müsse Teheran auch weiterhin in Fragen seines Atomprogramms, der Menschenrechte etc. unter Druck gesetzt werden, amerikanischen Wünschen nachzukommen, dies solle jedoch geschehen, "ohne auf eine Rhetorik des Regimewechsels zurückzugreifen, da dies nationalistische Empfindungen zur Verteidigung des gegenwärtigen Regimes selbst unter denjenigen hervorrufen würde, die es augenblicklich ablehnen."12

Die Task Force plädiert deshalb für "eine Grundsatzerklärung [...] die Bedingungen für ein amerikanisch-iranisches Engagement sowie die übergeordneten Ziele des Dialoges begründet."¹³ Langfristiges Ziel solle eine weitgehende Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen sein. Der Report, für den Richard Haass, bis vor kurzem noch Direktor für Politikplanung im US-Außenministerium, das Vorwort schrieb, steht somit in direktem Widerspruch zu dem neokonservativen Credo der "kreativen Zerstörung" (Michael Leeden), das auf gewaltsame Regierungswechsel abzielt. Aufgrund dieses

innenpolitischen Widerstandes scheint Washington beschlossen zu haben, sich nach einem Erfüllungsgehilfen umzusehen

Israel kommt ins Spiel

Dass Israel grundsätzlich bereit ist, Präventivschläge gegen Staaten in der Region durchzuführen die es verdächtigt an Atomwaffen gelangen zu wollen, hat es bereits 1981 mit der Zerstörung des irakischen Osirak-Reaktors unter Beweis gestellt. Israels Präsident Ariel Sharon hat auch bezüglich des Irans mehrfach unterstrichen, er sei gewillt, notfalls zu diesem Mittel zu greifen: "Wir sind uns der Bedrohung durch den Iran bewußt und es besteht Einigkeit, daß diese Bedrohung ausgeschaltet werden muß," sagte er im Bezug auf den iranischen Atomreaktor in Bushehr.¹⁴

Bereits Anfang September erschienen Berichte, "Israel bemühe sich um Bunkerknacker für einen möglichen Schlag gegen das iranische Atomprogramm, das es als strategische Bedrohung betrachtet."15 Genau in diesem Kontext sind die jüngsten amerikanischen Waffenlieferungen äußerst besorgniserregend. Da Israel nur über eingeschränkte Mittel verfügt, verbunkerte Ziele, in denen sich reale oder vermutete Komponenten iranischer Nuklearanlagen befinden, zu zerstören, sollen die nun zugesagten BLU-109 Sprengköpfe dieses Defizit beheben. Offensichtlich bemüht sich Washington darum, Israel die Mittel für einen Präventivschlag in die Hand zu geben.

Der Iran hat allen Grund an Atomwaffen gelangen zu wollen

Der inzwischen vollständig von amerikanischen Truppen umzingelte Iran hat angesichts der aggressiven Rhetorik Washingtons, nicht zuletzt auch durch die Aufnahme in die "Achse des Bösen", allen Grund sich mittels eines eigenen Abschreckungspotenzials vor einer amerikanischen Aggression schützen zu wollen.

Genau dieser Versuch ist es aber, der mit dem amerikanischen Kontrollanspruch am Golf kollidiert. Während die USA für sich das Recht in Anspruch nehmen, jederzeit militärisch die Dinge in der Region im eigenen Sinne zurechtzurücken, würde diesem Bestreben durch iranische Atomwaffen wohl sehr schnell ein Ende gesetzt. Die einzige Möglichkeit, Teheran langfristig von seinem Atomprogramm abzubringen, wäre deshalb eine glaubhafte Nicht-Angriffsgarantie der USA. Genau hier aber beißt sich die Katze in den Schwanz, da dies wiederum mit Was-

hingtons Interventionsanspruch nicht zu vereinbaren ist. Zusätzlich muss auch das Problem der mindestens 200 israelischen Atomwaffen endlich thematisiert werden. Eine Aufgabe seines Atomprogramms wird deshalb für den Iran wohl nur auf der Basis einer dualen Lösung in Frage kommen: Eine amerikanischer Nicht-Angriffsgarantie verbunden mit der Aufnahme von ernsthaften Gesprächen über einen atomwaffenfreien Mittleren Osten. Da weder die USA noch Israel hierzu bereit sind, scheint ein militärisches Vorgehen gegen das iranische Atomprogramm tatsächlich ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden, obwohl dies sicher zu weiteren schweren Konflikten in der ohnehin schon instabilen Region führen würde – kreative Zerstörung eben.

Anmerkungen

- ¹ Dyer, Gwynne: Shi'ite headache for the Americans, Straits Times, 31.03.03.
- ² U.S. to sell ,bunker busters to Osrael, International Herald Tribune, 22.09.04.
- ³ Beeman, William O.: Who is Michael Ledeen?, Pacific News Wire Service, 08.05.03.
- ⁴ Fox, Robert: Special forces 'prepare for Iran attack', Evening Standard, 17.06.03. ⁵ Lobe, Jim: From Bagdad to Tehran? Pro-
- gressive Response, 12.05.03.

 ⁶ Perle Richard/Frum, David: An End to Evil: How to End the War on Terror, New
- ⁷ Coalition for Democracy in Iran, URL: http://www.c-d-i.org/index.shtml
- ⁸ Steele, Jonathan: Don't be fooled, The Guardian, 03.10.03.
- ⁹ Norton-Taylor, Richard: US hawk warns Iran threat must be eliminated, The Guardian, 10.10.03.
- ¹⁰ Steele aaO.

York 2003.

- ¹¹ Khalilzad, Zalmay/Ochmanek, David/ Shapiro, Jeremy: Forces For What? Geopolitical Context and Air Force Capabilities, in: Khalilzad, Zalmay/Shapiro, Jeremy, eds,: Strategic Appraisal: United States Air and Space Power in the 21st Century, Santa Monica o.j., S. 25.
- ¹² Iran:Time for a New Approach, Report of an Independent Task Force Sponsored by the Council on Foreign Relations, Mnew York 2004, S. 4.
- ¹³ Ebd., S. 5.
- Neue Kriegsdrohungen, 11.10.2003, URL: http://www.freace.de/ artikel/ okt 2003/ bolton111003.html
- ¹⁵ Herald Tribune, 22.09.04.